

Frühjahr 2016: Im öffentlichen Dienst legen Kolleg*innen bundesweit für sechs Prozent mehr Lohn die Arbeit nieder und gehen auf die Straße. Zugleich veröffentlicht unsere Gewerkschaft am 19. April eine gemeinsame Presseerklärung mit BVG-Vorstand und kommunalem Arbeitgeberverband. Darin wurden 2,5% Lohnerhöhung plus Einmalzahlung als gutes Ergebnis „konstruktiver und ergebnisorientierter Verhandlungen“ dargestellt. Es fehlen einem die Worte...

In diesem, wie auch in im vorherigen Jahr, liefen die Auseinandersetzungen deutschlandweit bei vielen Betrieben über mehrere Monate parallel. Manchmal wurde sogar am gleichen Tag gestreikt. Doch das war eher Zufall und die Möglichkeiten gemeinsamer Solidarität wurden noch viel zu wenig genutzt. Lohndumping, Prekariisierung, schlechtere Arbeitsbedingungen – sie betreffen uns alle. Warum wehren wir uns nicht auch gemeinsam?

Überall werden Jobs ausgelagert und Löhne gedrückt. Ein Viertel aller Berliner Beschäftigten arbeitet prekär. Viele wissen nicht, ob sie sich in zwei, drei



verdi aktiv am 1. Mai. Foto: aktiv.

Kämpfe zusammenführen! Basis zusammenführen! Gemeinsam gewinnen!

melden müssen – oder ob sie doch noch eine Verlängerung bekommen.

Immerhin: Einige Berliner Belegschaften haben sich in diesem Jahr eindrucksvoll dagegen gewehrt. Besonders bei landeseigenen Betrieben und deren ausgelagerten Tochterfirmen gab es dahingehend einige Bewegung: Krankenhäuser, Botanischer Garten, Technikmuseum. Auch die Berliner Lehrer*innen standen bereit.

Ein gemeinsamer Streik über Betriebsgrenzen hinweg könnte um ein Vielfaches stärker sein. Leider werden solche Chancen immer wieder verpasst. Vorgeschoben werden formelle Argumente. Vereinzelt immerhin gab es Beteiligung an „fremden“ Streikkundgebungen. Aber ein intensiver Austausch an der Basis

Es gab erste Versuche der Verbindung. Die Charité Facility Management GmbH (CFM), bei der Reiniger*innen, Fahrer*innen und anderes Personal für Europas größtes Uniklinikum angestellt sind, und die Vivantes Service GmbH (VSG), die Dienstleistungstochter des größten kommunalen Klinik Konzerns Deutschlands, haben ihre Kämpfe unter der Überschrift „Aufstand der Töchter“ vernetzt.

Die Verbindung von Aktiven muss schon in „Friedenszeiten“ passieren. Aber besonders in Konfliktzeiten muss die Basis so intensiv wie nur möglich zusammenarbeiten. Wir brauchen aktive, basisdemokratische Gewerkschaften.

Dieses Ziel ist einer der zentralen Gründe, warum wir uns als kleine betriebli-

der Streikkonferenz beteiligen. Wir wollen mit Euch Kontakt knüpfen, um einen größeren und besseren Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse aufzubauen. Lasst uns zusammen mehr erreichen!



ver.di **aktiv** ...

...ist eine Basisgewerkschaftsgruppe bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG).

verdi.aktiv@gmail.com
www.verdi-aktiv.de





Im größten ÖPNV-Unternehmen in Deutschland

Die Berliner Verkehrsbetriebe sind das größte ÖPNV-Unternehmen in Deutschland. Zu ihm gehören zehn U-Bahn-, 22 Straßenbahn- und über 200 Buslinien. Letztes Jahr durchbrach die Zahl der Fahrgäste die Milliardengrenze. Zusammen mit den Kolleg*innen der DB-Nahverkehrstochter (S-Bahn und DB-Regio) sorgen wir BVG-Arbeiter*innen für die Mobilität der Berliner*innen.

Doch über unserer Belegschaft wurde von Seiten des (insbesondere rot-roten) Senats und des Vorstands eine Sparorgie durchgezogen. Unsere Zahl wurde seit Anfang der 1990er auf

circa 11.000 halbiert, das Bahnhofspersonal abgeschafft. Reiner*innen, Werbeleute, auch ein großer Teil des Fahrpersonals wurden ausgegliedert. Wartungsintervalle der Fahrzeuge und Lenkzeiten der Fahrer*innen werden in die Länge gezogen. Prekarisierung ist keineswegs ein Fremdwort bei der Anstalt des öffentlichen Rechts. Befristungen sind ein großes Thema.

2005 wurde die BVG aus dem öffentlichen Dienst herausgezogen und ein (Berliner) Tarifvertrag Nahverkehr (TV-N) eingeführt. Dieser Absenkungstarifvertrag drückte unter Andro-

hung einer eventuellen Privatisierung die Löhne. Während die „Altbeschäftigten“ dabei noch sogenannte Sicherungsbeträge in verschiedener Höhe bekommen, verdienen die „Neubeschäftigten“ mehrere hundert Euro weniger, bei längerer Arbeitszeit.

Die betrieblichen Gewerkschaftsfunktionär*innen und Sekretär*innen verteidigen den TV-N bis heute. Der Organisationsgrad unserer Gewerkschaft ist seitdem um schätzungsweise 25 Prozentpunkte gefallen. Viele neue Kolleg*innen treten gar nicht erst in unsere Gewerkschaft ein. Zu fest ist ihrer Meinung

nach die sozialpartnerschaftliche Bindung von ver.di an die Betriebsführung. Im BVG-Block auf der 1. Mai-Demonstration läuft der Personalvorstand Schulte einträchtig mit. Ob er, wie sein Vorgänger, geehrtes Mitglied unserer Gewerkschaft ist, wissen wir nicht. Jedenfalls haben er und seine Vorstandskolleg*innen Nikutta und Haenecke noch einiges vor. Was das für Löhne und Arbeitsbedingungen, sowie für die Sicherheit von Arbeiter*innen und Fahrgästen bedeutet, hängt auch davon ab, was wir gemeinsam aktiv gegen die Kürzungspolitik tun.

Wer oder was ist die Basisgewerkschaftsgruppe



ver.di aktiv in Solidarität mit Kolleg*innen der GDL. Foto: aktiv.

Aus der aktiven Zeit des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ver.di“ kannten sich drei Kollegen, die später zu den Gründern von ver.di aktiv gehörten. Das war 2004, als der Tarifvertrag Nahverkehr (TV-N) in Berlin vor der Einführung stand. Gemeinsam engagierten wir uns gegen die verlogene Politik unseres damaligen Gewerkschaftssekretärs. Doch zwischen 2005 und 2007 wurde der verhasste Tarifvertrag festgeschnürt.

Als 2012 Personalratswahlen anstanden, kam es zur Aufstellung einer **Offenen Liste**. Diese Gruppe machte regelmäßige Treffen und bildete die

Grundlage unserer heutigen basisgewerkschaftlichen Oppositionsgruppe.

Einen Anteil hatte dabei auch der Besuch der ersten „Erneuerung durch Streik“-Konferenz in Stuttgart 2013. In kritischer Auseinandersetzung mit den Stuttgarter Tendenzen hin zu mehr Basisbeteiligung (welche letztlich doch die Macht beim Apparat lassen wollten), diskutierten wir unsere Politik. Um den Jahreswechsel 2013/14 herum entstand so eine Gruppe, die der Stellvertretungspolitik, der Sozialpartnerschaftslüge, dem gewerkschaftlichen Niedergang und der Resignation den Kampf ansagt.

Wir kamen zu dem Entschluss, eine eigene Publikation herauszugeben, um mit mehr Kolleg*innen in Kontakt zu kommen. **aktiv** soll die Diskussion und das Selbstvertrauen der Kolleg*innen stärken. Dabei legen wir viel Wert auf den Blick über den Tellerrand und versuchen durch Berichte die Erfahrungen von anderen Kämpfen der Arbeiter*innenklasse (auch international) nutzbar zu machen.

Wir nahmen uns als erste im Betrieb offensiv dem Thema Befristungen an. Eine „Rote-Karte-Aktion“ bei einer Personalversammlung bildete den Auftakt. Schließlich interessierten sich die

Gremienvertreter*innen auch für dieses bislang „nicht zu ändernde“ Übel. Zur Zeit sind Befristungen vom Vorstand probeweise eingeschränkt.

Beim Streik der Kolleg*innen der DeutscheBahn-Unternehmen (inklusive S-Bahn) solidarisierten wir uns und organisierten auch eine erste kleine Solidelegation.

Unser Blick geht über den Betrieb hinaus. Als 2014 die Geflüchtetenbewegung die aktivste soziale Bewegung im Land war, die Gewerkschaften sich aber wenig für sie interessierten, versuchten wir einzugreifen. Wir organisierten Treffen „Geflüchtete Kolleg*innen und Gewerkschaften“, an denen verschiedene Gewerkschafts- und Refugee-Gruppen teilnahmen. Von diesen Treffen aus gab es eine Kundgebung gegen eine Verschärfung des Asylrechts, Protest gegen die unfassbare polizeiliche Räumung von geflüchteten Kolleg*innen aus dem Berliner DGB-Haus und schließlich Ende 2014 eine größere Veranstaltung im Berliner IG Metall-Haus. Vor allem wollten wir klar machen: Geflüchtete Menschen sind entrechtete Arbeiter*innen. Sie sind unsere Kolleg*innen und Subjekte (nicht Objekte) von politischer Veränderung. >>>

WE WANT YOU for Personalvertretung!

Auch bei den diesjährigen Personalratswahlen bei der BVG tritt **ver.di aktiv** gemeinsam mit anderen Gewerkschaftsmitgliedern und -nichtmitgliedern gegen die offizielle Liste der ver.di-Betriebsgruppe und die übrigen Listen an.

Davon gibt es nicht wenige. Seit Einführung des verheerenden Tarifvertrags Nahverkehr und der Niederlage in einem Streik (für eine geringere Lohnkürzung als die vom Vorstand gefordert!) ist die Personalrats-Landschaft relativ zerklüftet. Dies zeigt sich alle vier Jahre. Es gibt Wahlantritte der dbb-Ge-

werkschaft NahVG, der kleinen GVV und dann weitere Listen, die von ver.di-Mitgliedern gegründet wurden und bürokratische Fraktionen im Kampf um Posten repräsentieren.

Allen gemein ist, dass sie auf jedes Programm verzichten. Jede bietet sich als die allgemein bessere Stellvertretung der Kolleg*innen an. Dass es einen Wahlantritt auf Grundlage eines

Programms gibt, entbehrt jeder Vorstellung. So wurde ver.di aktiv von einer Seite gefragt, ob es nicht einen gemeinsamen Wahlantritt geben könne. Vorschlag: abwechselnde Platzierung auf

der Liste. Nachdem wir geantwortet hatten, dass eine gemeinsame Liste allein eine Frage des Programms sei, bekamen wir

einige Zeit später den gleichen, rein formellen Vorschlag erneut.

Mit unserer Offenen Liste stehen allein wir außerhalb dieser Zustände, die eine Folge bürokratischer Gewerkschaftstraditionen und Gremien-Fixierung sind.

Wenn wir die Verhältnisse ändern wollen, dann müssen wir eine andere Belegschaft werden. Nur eine kämpferische Basis kann eine wirklich starke kämpferische Führung hervorbringen. Das ist das Ziel unserer Arbeit, als **ver.di aktiv** und auch als **Offene Liste**. Unser Wahlantritt dient der Mobilisierung der Kolleg*innen. Sie ist gegen die Stellvertretungspolitik gerichtet, wie sie bis in die linkesten Teile der Gewerkschaften noch als weitgehend unveränderlich anerkannt wird.



www.verdi-aktiv.de/2016/09/veraenderung-geht-nur-mit-dir-unterstuetzt-die-offene-liste/

ver.di aktiv?

>>> Auch bei der Verteidigung des Streikrechts und dem Widerstand gegen das Tarifeinheitsgesetz versuchten wir uns einzubringen. Wir organisierten eine Protestaktion vor dem DGB-Bundeskongress. Wir thematisierten es in unserer Zeitung und am 1. Mai 2015 auf unserem Banner. Wir organisierten eine Podiums-Veranstaltung zum Thema – zu der unser Betriebsgruppenvorstand seine Beteiligung leider absagte, weil zwei GDL-Mitglieder teilnahmen.

Kurze Zeit später flatterte uns ein Beschluss ins Haus, der versuchte, unsere Tätigkeit zu verbieten. Mit einer Kampagne konnten wir uns aber dagegen wehren und können uns inzwischen wieder im ver.di-Haus treffen.

Sehr stark machen wir uns weiterhin immer für eine Gewerkschaft, in der die Basis wirklich das Sagen hat. Alle Funktionär*innen, auch die Sekretär*innen, müssen von uns Betroffenen gewählt und abwählbar (d.h. uns und nicht dem Apparat verantwortlich) sein. Eine Gewerkschaft muss der aktive Zusammenschluss der Arbeiter*innen für ihre gemeinsamen Interessen sein.

Bisher lief alles nicht ideal. Wir haben noch sehr viel vor.

Aus dem Programm der Offenen Liste:

Der Personalrat ist kein Dienstleistungsunternehmen. Als **Offene Liste** stehen wir deshalb für eine Personalratsarbeit, die die direkte Verbindung mit allen Kolleg*innen sucht. Der Personalrat sollte kein „Experten“-Gremium sein, in das der Rest der Beschäftigten keinen Einblick erhält.

Deshalb versprechen wir, bei regelmäßigen offenen Treffen mit allen interessierten Kolleg*innen über unsere Arbeit im Personalrat zu diskutieren. Bei diesen Treffen werden wir uns allen kritischen Fragen stellen und gemeinsam überlegen, wie wir unsere Forderungen in die Realität umsetzen können – innerhalb und außerhalb des Personalrats!

Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass sich die Mitglieder im Personalrat nicht zu weit von der Realität der Kolleg*innen und

Kollegen im Fahrdienst, in den Werkstätten und in der Verwaltung entfernen dürfen. Deshalb sollten Mandate im Personalrat begrenzt und Personalratsplätze rotiert werden.

In Verbindung mit der ständigen Diskussion mit der aktiven Basis können wir verhindern, dass sich der Personalrat verselbstständigt. Das ist ein erster Schritt zu einer wirklich demokratischen Interessenvertretung – viel demokratischer, als nur einmal alle vier Jahre ein Kreuz bei einer Personalratsliste zu machen.

Wir versprechen eine demokratische Personalratsarbeit!

Wir benötigen deinen Einsatz und den Druck der Kolleg*innen an der Basis!

Gemeinsam können wir es schaffen!

Unser Engagement gründet

sich auf Solidarität und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, sexueller Orientierung und Hautfarbe – mit dem Ziel, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen!

Wir müssen für unsere gemeinsamen Interessen zueinander stehen und die Solidarität stärken, auch über die Grenzen der BVG hinaus! Denn gerade unsere Kampffähigkeit hängt von der Solidarität anderer Betriebe und der Bevölkerung ab. Die Erfahrungen in aller Welt zeigen und, dass uns der Konkurrenzkampf untereinander nur schaden kann!

Wir wollen die Solidarität untereinander und auch mit Kolleg*innen anderer Betriebe stärken und aktiv entwickeln! Denn Solidarität ist unsere Stärke!



Für demokratische Gewerkschaften!

Von vielen Kolleg*innen werden die Gewerkschaften nicht mehr als organisierter Ausdruck ihrer eigenen Interessen angesehen. Stattdessen werden sie mit einem gut bezahlten und abgehobenen Apparat gleichgesetzt.

Und es stimmt: Die wichtigen Entscheidungen bei ver.di, aber auch allen anderen Gewerkschaften, werden von einer kleinen Schicht von Bürokrat*innen getroffen. Sie verfügen über zahlreiche Privilegien, von der Freistellung über höhere Löhne bis hin zum Dienstwagen. Dafür bestimmen sie über die Köpfe der Mitglieder hinweg – und oft entgegen ihrer Interessen. In entscheidenden Momenten stellen sie sich deshalb auf Seiten der Arbeitgeber*innen, um ein Ausgleiten der Auseinandersetzung zu verhindern.

Das geht von den traditionellen Tarifrunden wie bei der BVG bis hin zu Arbeitskämpfen wie erst kürzlich bei den angestellten Lehrer*innen in Berlin. Diese

streiken schon seit mehreren Jahren für die Losung „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“. Doch kurz vor den Berliner Abgeordnetenhauswahlen kam die Spitze der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit dem Berliner Senat auf eine Einigung und blies weitere Streiks ab. Diese beinhaltete nicht die Angleichung der Löhne und dafür erntete es viel Kritik von der Basis. Denn sie wurde nicht einmal gefragt, ob sie mit diesem Ergebnis zufrieden ist.

Die undemokratischen Mechanismen sichern den Spitzen des konservativen bürokratischen Systems die Kontrolle über die Gewerkschaften, ihre Mittel und Ausrichtung. Die Mitglieder können die Entscheidungen oft nur abnicken – oder wenden sich enttäuscht ab. Unser Konzept gewerkschaftlicher Arbeit ist dem komplett entgegengesetzt. Wir setzen auf die offene und demokratische Beteiligung aller Kolleg*innen in allen Belangen.

Lebhafte Versammlungen,

Transparenz und Diskussionen mit den Kolleg*innen können dazu beitragen, dass sie den Kurs der Gewerkschaft mitbestimmen. So kann es nicht mehr passieren, dass ein Ergebnis hinter dem Rücken der Belegschaft ausgehandelt wird, mit dem kein*e Kolleg*in einverstanden ist. Gewerkschaftsfunktionär*innen sollten nicht das Drei-, Vier- oder Fünffache einfacher Mitglieder verdienen, damit sie möglichst weit von den Belangen und Nöten der Basis entfernt sind. Darüber hinaus müssen die Gewerkschaftssekretär*innen gewählt werden können – und abwählbar sein, sollten sie sich durch ihre Politik unbeliebt machen. Denn: Gewerkschaftsapparate sind für ihre Mitglieder da, nicht umgekehrt.

Natürlich ist ein Angelpunkt des Problems, dass die allermeisten Arbeiter*innen selbst die Stellvertretungslogik übernommen haben. Die angenommene Natürlichkeit, mit der man

heute zwischen „Mitgliedern“ und „Gewerkschafter*innen“ unterscheidet, führt bei Unzufriedenheit nicht weiter als zu dem Kurzschluss, dass es nur bessere „Interessenmanager*innen“ auf den Posten braucht, damit es vorwärts geht. Die Vorstellung, dass die Gewerkschaft und ihre Mitglieder identisch sind, ist heute verschüttet.

Deswegen ist es so wichtig, um ein Programm der ständigen Beteiligung und vollständigen Selbstbestimmung der Kolleg*innen herum, möglichst viele, besonders junge Kolleg*innen, für die Gewerkschaftsarbeit begeistern und zu politisieren. Wir von ver.di aktiv arbeiten so auf eine antibürokratische Bewegung in den Gewerkschaften hin. Die Selbstorganisation der Beschäftigten für ihre eigenen Interessen ist der Grundstein, um eine dauerhafte, fundierte kämpferische Gewerkschaftsarbeit auf die Beine zu stellen. Legen wir diesen Grundstein gemeinsam!

Recht auf Bildung für Arbeiter*innen!

Bildung ist wichtig für die Fähigkeit des Menschen, sich für die eigenen Rechte einzusetzen und sich im solidarischen Einsatz für die Rechte anderer zu engagieren.

Dies finden wir sehr gut. Dennoch erlaubt sich unsere Gewerkschaft ver.di eine Sparpolitik im Bildungsbereich und sogar die Schließung der Bildungseinrichtung Lage-Hörste! In der Mai-Sitzung 2015 hat der Gewerkschaftsrat die Schließung beschlossen. Zahlreiche Aktive haben sich mit Aktionen und Spendensammlungen dagegen gewandt, ohne Erfolg. Zum letztjährigen Bundeskongress war das nochmals kritisiert worden. Der Gewerkschaftsrat bleibt bei seiner Entscheidung. Ist den verantwortlichen Gewerkschafter*innen die Tragweite eines



Mitglieder von ver.di aktiv bei einem Seminar: Erdoğan Kaya, Jens-Peter Paschke, Wolfgang Wendt. Foto: aktiv.

solchen Beschlusses deutlich?

Für die Komplettanierung der Bildungsstätte Lage-Hörste werden 4,3 Millionen Euro veranschlagt. Im Jahr 2016 belaufen sich die erwarteten Mitgliedsbeiträge auf 454 Millionen Euro. Die Personalkosten betragen 240 Millionen Euro. Einerseits ist die

Rede von mehr Beitragseinnahmen, mehr Mitglieder durch die Werbe-Kampagne „Stark mit Dir“, einem bravourösen Verkaufsergebnis eines Hauses. Aber für den Erhalt einer Bildungsstätte soll kein Geld da sein?

Die Frage der Bildungsarbeit und der gewerkschaftlichen

Bildungsstätten darf nicht nach neoliberaler Verwertungslogik behandelt werden. Es ist eine Pflicht- und Ehrenaufgabe der Gewerkschaften, den Arbeiter*innen alles bereitzustellen und sie offensiv dafür zu gewinnen, sich für den Klassenkampf zu bilden. Bildung ist unser Recht.